Dienstag, 21. Juli 2026, 16:00 Uhr
~4 Minuten Lesezeit

Fünfundzwanzig Euro

Die Bundesregierung streicht den Kindersofortzuschlag und macht damit erneut klar, dass junge Menschen für sie keine Priorität haben — erst recht nicht, wenn sie arm sind.

von Günther Burbach
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (New Africa, Marijus Auruskevicius)

Die Bundesregierung ist in den vergangenen Wochen nicht gerade durch die Kinderfreundlichkeit ihrer Politik aufgefallen. So soll etwa das Elterngeld von möglichen 14 auf 12 Monate verkürzt werden und der

Unterhaltsvorschuss nicht mehr an alleinerziehende Elternteile mit Kindern über 16 Jahren ausgezahlt werden. Die Streichung des Kindersofortzuschlags reiht sich in diese Art der Politik also nahtlos ein. Dieser ist ohnehin nie der große Wurf gewesen. 25 Euro bekommen von Armut betroffene Familien aktuell noch ausgezahlt. Er wird automatisch ausgezahlt an Menschen, die bereits Sozialleistungen wie Bürgergeld, den regulären Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Das hat nun wohl ein Ende.

Lena ist zehn und geht in die vierte Klasse, irgendwo in Deutschland. Ihre Mutter hat vor drei Wochen den Elternbrief zur Abschlussfahrt bekommen. Vier Tage Ostsee, 180 Euro. Sie hat den Zettel zweimal gelesen und dann in eine Schublade gelegt, ohne ihn zu unterschreiben. Noch nicht. Sie rechnet jeden Monat neu, ob die fünfundzwanzig Euro Sofortzuschlag reichen, um zusammen mit dem Ersparten am Ende doch noch ja sagen zu können.

Der Kinderschutzbund beschreibt genau das als Kern von Kinderarmut in Deutschland: nicht dabei sein zu können. Wenn das Geld für die Klassenreise nicht mehr reicht. Wenn der Eintritt ins Museum ausfällt. Wenn die neuen Sportschuhe einfach nicht drin sind, während alle anderen in der Klasse längst welche haben.

Fünfundzwanzig Euro im Monat sollten diese Lücke ein kleines Stück kleiner machen. Für rund 2,9 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland. Seit dieser Woche steht fest: Dieses Geld wird gestrichen.

Ein Zuschlag, der nie mehr sein sollte als eine Übergangslösung

2021 klang es noch groß. Eine neue Koalition, ein neues Versprechen: die Kindergrundsicherung. Kindergeld, Kinderzuschlag, Bürgergeld-Anteile für Kinder, Bildungs- und Teilhabepaket, alles aus einer Hand, automatisch berechnet, ohne dass Eltern wie Lenas Mutter sich durch Anträge kämpfen müssten. Familienministerin Lisa Paus nannte es die zentrale sozialpolitische Reform ihrer Zeit. Bis dahin, versprach man, gebe es eine Überbrückung. Ab Juli 2022 zwanzig Euro pro Kind, später fünfundzwanzig. Ein Trostpflaster, aber immerhin eins, das ankam.

Dann verhandelte man. Paus wollte zwölf Milliarden Euro im Jahr, Finanzminister Christian Lindner wollte keine neue Behörde dafür.

> ***Aus zwölf Milliarden wurden zweieinhalb, aus zweieinhalb wurde fast nichts mehr. Im November 2024 zerbrach die Koalition, und mit ihr das Versprechen.***

Was blieb, war das Pflaster, weil niemand mehr da war, der etwas Besseres liefern konnte.

Und jetzt auch das noch

Diese Woche hat das Kabinett von Friedrich Merz und Lars Klingbeil beschlossen: Auch dieser letzte Rest fällt weg. Im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes soll der Sofortzuschlag beim Kinderzuschlag gestrichen werden.

Im Bundeshaushalt sind 450 Millionen Euro kaum mehr als eine Zahl, in einem Etat von über 555 Milliarden. Für Familien wie Lenas, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, ist diese Summe

verschwunden, und mit ihr die Möglichkeit, vielleicht doch an der Klassenfahrt teilnehmen zu können.

Deutschland gibt in diesen Jahren so viel Geld für Rüstung aus wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Zeitung *junge Welt* formulierte es zugespitzt: Die Regierung habe bei der Suche nach Geld für Rüstungsausgaben ausgerechnet beim Kindersofortzuschlag 450 Millionen Euro gefunden.

Offiziell nennt die Regierung etwas anderes: allgemeine Haushaltskonsolidierung, gespart werde schließlich auch beim Klimafonds. Wer am Ende recht hat mit der Erklärung, lässt sich von außen schwer entscheiden. Sicher ist nur, wo zuerst gekürzt wurde.

Was die Zahlen bedeuten, kurz bevor sie wieder in Vergessenheit geraten

Rund eine Million Kinder und Jugendliche in Deutschland leben laut dem Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands vom Juni 2026 in erheblicher materieller Entbehrung. Sabine Andresen, Präsidentin des Kinderschutzbundes, hat dazu festgestellt, dass für diese riesige Zahl an Kindern ein gutes, kindgerechtes Aufwachsen schlicht nicht möglich ist. Im internationalen UNICEF-Vergleich zum Kindeswohl liegt Deutschland unter 37 untersuchten Ländern nur auf Platz 25, deutlich hinter Ländern mit geringerer Wirtschaftskraft wie Portugal oder Litauen.

> ***Durch die Streichung der geplanten Kindergrundsicherung und jetzt auch noch der Überbrückungssumme von mageren fünfundzwanzig Euro wird Deutschland im nächsten UNICEF-Bericht zum Kindeswohl mit Sicherheit nicht nach vorne rücken.***

Christian Schneider, Geschäftsführer von UNICEF Deutschland, erklärte anlässlich der Veröffentlichung des Berichts: „Die Bekämpfung der Kinderarmut muss politische Top-Priorität werden.“ Diese Woche zeigt, wie weit die Realität davon entfernt ist.

Der Satz, der übrig bleibt

Als der Zuschlag 2022 eingeführt wurde, sagte Lisa Paus, er solle die Chancen der betroffenen Kinder verbessern, bis die eigentliche Reform komme. Die Reform kam nicht. Jetzt verschwindet auch das, was an ihre Stelle zur Überbrückung gesetzt wurde.

Wer nachrechnet, findet in Deutschland derzeit sehr viel Geld für sehr viele Dinge: für die Bundeswehr, für Rüstungsprojekte, für ein neues Sondervermögen nach dem anderen. Für 2,9 Millionen Kinder, die keine eigene Lobby haben und keine Verbände mit Sitz im Kanzleramt, findet sich am Ende ein Rotstift. Und eine Schublade, in der ein nicht unterschriebener Zettel liegt.

Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.